

Zu Punkt der Tagesordnung

Interfraktioneller Antrag		0014/2009 öffentlich 07.01.2009
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 15.01.2009	Ratsversammlung	Ratsherr Schulz, SPD-Ratsfraktion Ratsherr Rahim, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsfrau Danker, SSW
Betreff: Aufnahme irakischer Flüchtlinge		

Antrag:

1. Die Ratsversammlung begrüßt die Initiative der Bundesregierung, 2500 irakische Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien aufzunehmen. Zu deren Unterstützung wird
 - a. die Oberbürgermeisterin beauftragt, sich beim Innenminister des Landes SH dafür einzusetzen, dass die Flüchtlinge, die nach Schleswig-Holstein kommen werden, nicht in Sammelunterkünften untergebracht, sondern in den Städten aufgenommen und integriert werden.
 - b. die Oberbürgermeisterin aufgefordert, für die mögliche Aufnahme der Flüchtlinge ein Konzept zu erarbeiten, mit dem diese in ihre neue Lebenswelt integriert werden und an den Maßnahmen zur Integration teilnehmen können.
2. Die Ratsversammlung fordert die Bundesregierung auf, ab sofort Flüchtlinge im „Resettlement-Verfahren“ im Sinne des Konzeptes des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR) regelmäßig aufzunehmen. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, zur Unterstützung dieser Forderung bei der Landesregierung und dem Städteverband Schleswig-Holstein für dieses Anliegen zu werben.
3. Wenn sich die Bundesregierung entschließen sollte, über die Aufnahme eines Flüchtlingskontingents von 2500 irakischen Flüchtlinge weitere Flüchtlingskontingente aufzunehmen, erklärt sich die Landeshaupt Kiel bereit, ebenfalls eine höhere Zahl von Flüchtlingen aufzunehmen.
4. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, mit dem regionalen Netzwerk Safe Haven Kontakt aufzunehmen und gemeinsam zu beraten, wie die Stadt die Arbeit der „Save me – Kampagne“ unterstützen kann. Dem Sozialausschuss ist über die Ergebnisse der Beratung zu berichten.

Begründung:

Die UNHCR Berlin hat im Januar 2008 der Bundesrepublik Deutschland einen Konzeptvorschlag für ein Neuansiedlungsprogramm zur Aufnahme von Flüchtlingen aus Drittstaaten - dem sog. Resettlement – vorgelegt. UNHCR wirbt damit für ein deutsches Resettlement-

Programm als Instrument des individuellen Flüchtlingsschutzes und dauerhafte Lösung für bestimmte Flüchtlingskontingente.

Mittlerweile hat der Rat der Europäischen Union seine Mitgliedsstaaten aufgefordert, besonders schutzbedürftige irakische Flüchtlinge aus Syrien und Jordanien aufzunehmen. Auf der Innenministerkonferenz am 21.11.2008 wurde vereinbart, dass Deutschland 2500 Flüchtlinge aufnehmen wird. Eine entsprechende Anordnung des Bundesministeriums gemäß § 23 Absatz 2 des Aufenthaltsgesetzes zur Aufnahme bestimmter Flüchtlinge aus dem Irak liegt vor. Es ist davon auszugehen, dass Schleswig-Holstein ca. 80 Flüchtlinge aufnehmen wird.

Seit einigen Monaten organisieren Kirchen, Wohlfahrtsverbände und Flüchtlingshilfeorganisationen bundesweit eine Kampagne, die den Vorschlag der UNHCR unterstützen, ein Resettlement-Programm wie in den USA, Kanada oder den Niederlanden auch für die Bundesrepublik Deutschland aufzulegen. Mehrere Kommunen wie z.B. München, Frankfurt, Aachen, Dresden und Berlin haben sich dieser Kampagne angeschlossen.

Mittlerweile hat sich auch in Kiel ein Unterstützerkreis zusammengefunden.

Angesichts des dramatischen Rückgangs der Flüchtlingszahlen in Deutschland bei zugleich erschütternden Schicksalen vieler tausender Flüchtlinge im Mittelmeerraum und anderswo erscheint es dringend geboten, einen Paradigmenwechsel in der Flüchtlingspolitik vorzunehmen.

Gez. Ratsherr Wolfgang Schulz f.d.R.

Gez. Ratsherr Sharif Rahim f.d.R.

Ratsfrau Antje Danker